

Köln und die Z.-E.-G.

Die Kölner Stadtverordneten-Versammlung befaßte sich gestern eingehend mit der Frage der Ernährung der Einwohnerschaft. Sie hat sich damit auf den Boden der Presse gestellt, die in der letzten Zeit wiederholt von der Pflicht der städtischen Körperschaften gesprochen hatte, für eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel bei den Berliner Zentralinstanzen einzutreten, und energisch dagegen zu protestieren, daß Köln in bezug auf die Versorgung mit einzelnen Lebensmitteln schlechter gestellt werde als andere Städte des Reiches. Die Klagen über ungerechte Behandlung Kölns wurden vom Vorsitzenden, Beigeordneten Adenauer, im Namen der städtischen Verwaltung wie von Rednern beider Fraktionen begründet. Der Vorsitzende führte u. a. folgendes aus:

Unsere Bevölkerung ist in der letzten Zeit, und zwar mit Recht, sehr erregt über die unverhältnismäßig hohen Gemüsepreise auf dem Kölner Markt. Diese Preise sind allerdings gegenüber den Friedenszeiten und dem Frühjahr 1915, als wir schon Kriegsverhältnisse hatten, in ganz ungewöhnlicher Weise gestiegen. Die Steigerung ist darauf zurückzuführen, daß wir im Frühjahr 1915 Höchstpreise hatten, während diese aus mir nicht bekannten Gründen in diesem Frühjahr aufgehoben worden sind. Das ist nach meinem Empfinden eine der Unbegreiflichkeiten, deren wir nachgerade eine große Zahl zu verzeichnen haben. Wenn die Stadt Köln von dem ihr zustehenden Recht, Höchstpreise für Gemüse im Kleinhandel festzusetzen, Gebrauch machen würde, so würde sofort die ganze Zufuhr unterbunden werden und das Gemüse dorthin gebracht werden, wo keine Höchstpreise bestehen. Das Gouvernement hat auf unser Ersuchen alles getan, was nach Lage der Sache möglich war, um in seinem Bezirk Höchstpreise herbeizuführen. Solange aber nicht für das ganze Reich von der Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, für den Großhandel Höchstpreise festzusetzen, sind wir den Verhältnissen gegenüber machtlos. Das einzige, was wir tun können und tun werden, ist, daß wir, die Landräte von Köln, Land und von Bonn-Land, die Oberbürgermeister von Bonn und von Köln, uns über bestimmte Richtpreise für den Großhandel in bestimmten Gemüsesorten geeinigt haben und gegen Verkäufer und Käufer, die diese Richtlinien im Großhandel überschreiten, auf Grund der Bundesratsverordnung betreffend übermäßige Preisforderungen vorgehen werden. Hoffentlich finden wir dabei die notwendige Unterstützung bei den Gerichten. Dann werden wir auch im Kleinhandel die Höchstpreise herunterdrücken können. Eine weitere Unbegreiflichkeit ist die Festsetzung eines Höchstpreises für Frühkartoffeln von 10 M für den Zentner bis zum 15. August. Das ist geradezu unerhört; es bedeutet für die kaufende Bevölkerung eine unerhörte Belastung und für die Produzenten einen unerhörten Gewinn.

Bei der Butterverteilung

fühlt sich unsere Bevölkerung mit Recht zurückgesetzt, da sie bei weitem nicht soviel erhält, wie andere Städte. Es herrscht auch hier eine durchaus ungerechtfertigte Ungleichmäßigkeit zwischen Osten und Westen, und man kann die Erbitterung unserer Bevölkerung in vollstem Maße verstehen. Der Redner verlangt, daß der Öffentlichkeit, in erster Linie aber der städtischen Verwaltung, der Schlüssel bekanntgegeben werde, nach dem die Verteilung der Lebensmittel von der Z.-E.-G. erfolge. Dasselbe treffe namentlich auch für Eier zu, bei deren Verteilung Köln ebenfalls schlechter gestellt sei als andere Städte. Beigeordneter Adenauer schloß wie folgt: Hier im Westen hat man das Empfinden, daß wir im Reich nicht gleichmäßig behandelt werden (Sehr richtig), daß wir andern Landesteilen gegenüber nicht gleichgestellt sind. Das was wir mündlich und schriftlich veranlaßt haben, wollen wir öffentlich kundgeben, damit die Bevölkerung weiß, worauf die Schwierigkeiten in der Hauptsache zurückzuführen sind und wen die Schuld trifft.

Stadtv. Bollig verlangte zur Beseitigung der Mißstände im Gemüsehandel reichsgesetzliche Höchstpreise für die Produzenten wie für den Handel. Das Gebot der Stunde sei, mit allem Nachdruck bei den zuständigen Stellen zu verlangen, daß die unerquicklichen Verhältnisse im Gemüsehandel ihr Ende erreichten.

Stadtv. Eisel schloß sich den Vorrednern an und übte scharfe Kritik an der Versorgung Kölns mit Butter und Eiern. Ein Mangel an Butter und Eiern sei nicht vorhanden, was von sehr sachverständiger Seite unumwunden zugegeben werde. Es werde aber, wie auch schon der Vorsitzende gesagt habe, bestimmt versichert, daß der Westen des Reiches in bezug auf die Verteilung einzelner Lebensmittel schlecht behandelt werde. Man müsse sich die Frage vorlegen, warum der Überschuß an Butter in Holland nicht von der Z.-E.-G. nach Deutschland gebracht werden könne. Wenn die Z.-E.-G. nicht in der Lage sei, die Verhältnisse zu bessern, so möge sie sich für bankrott erklären und die Versorgung des Vaterlandes andern Leuten überlassen.

Stadtv. Schreiber schloß sich den Ausführungen des Stadtv. Eitel an, von denen er sagte, daß sie die einmütige Billigung aller Anwesenden fänden. Die Stadtverordneten hätten das Recht, Aufklärung darüber zu verlangen, ob es wahr sei, was man über die Zusammensetzung der Z.-E.-G. in bezug auf die verschiedenen Persönlichkeiten, über den Geschäftsbetrieb usw. sage. Man müsse die Tatsache feststellen, daß wohl kaum irgendeine Organisation gegenwärtig im Deutschen Reich, die dazu berufen sei, an erster Stelle für die Ernährung des Volkes zu sorgen, eine solche Unsumme von Vorwürfen schwerster Art auf sich gesammelt habe wie die Z.-E.-G. Diese Klagen seien geradezu zu einem öffentlichen Skandal geworden; die Pflicht der städtischen Körperschaften sei, dafür zu sorgen, daß diese Gesellschaft, wenn sie ihren Ausgaben nicht gewachsen sei, so schnell wie möglich von der Bildfläche verschwinde.

Stadtv. Kirschbaum brachte zum Ausdruck, daß die Z.-E.-G. nach seiner Ansicht den Westen des Reiches nicht so behandle, wie ihm das zukomme; er habe bei seiner Anwesenheit in Berlin selbst die Meinung erhalten, daß eine Animosität gegen den Westen und namentlich gegen Köln und ebenso eine Gleichgültigkeit gegenüber dem Westen vorherrsche; man scheine in Berlin der Ansicht zu sein, daß man hier im Fette schwimme. Es müsse unter allen Umständen Gelegenheit geschaffen werden, daß diejenigen Waren, die uns das Ausland gern abgebe, zu halbwegs mäßigen Preisen in das Inland gebracht werden. Der legitime Handel habe sich auch im Kriege bewährt; wenn man ihm vertraue, werde man auch die Wege finden, um den jetzigen Mißständen zu steuern.

Stadtv. Bau schlug vor, das Verlangen von Höchstpreisen auch auf Obst auszudehnen, weil gerade Obst zu dieser Zeit ein Nahrungsmittel für weite Volkskreise darstelle.

Folgender Antrag beider Fraktionen wurde sodann einstimmig angenommen:

Die Stadtverordneten-Versammlung bitten den Herrn Oberbürgermeister, schnellstens eine Statistik über die Preise der verschiedenen Gemüsesorten in den Jahren 1913, 1914, 1915 und 1916 aufzustellen, und auf Grund dieser Statistik und, falls nötig, auch für Obst, Höchstpreise an zuständiger Stelle zu beantragen.

Ferner den Herrn Reichskanzler und das Reichsamt des Innern telegraphisch zu ersuchen, für eine größere Zuweisung von Butter und Eiern durch die Zentral-Einkaufs-Gesellschaft entsprechend den Verhältnissen der Stadt Köln Sorge tragen zu wollen.

Der Ausdehnung der Speisegemeinschaft auf breiterer Grundlage, wie wir das in der gestrigen zweiten Morgen-Ausgabe schon des nähern dargetan haben, wurde ebenfalls zugestimmt.